

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 46 | 15.11.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## NEUERSCHEINUNG

*Johannes Fischer/Katharina Pabel/Nicolas Raschauer (Hrsg)*

### [Handbuch der Verwaltungsgerichtsbarkeit<sup>2</sup>](#)

Die erste Auflage des Handbuchs der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist zu Beginn des Jahres 2014 erschienen und stützte sich daher im Wesentlichen auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, auf die Gesetzesmaterialien und einen Vergleich mit der bisherigen Rechtslage. Nun aber sind viele Fragestellungen durch die Praxis der Verwaltungsgerichtsbarkeit und ihre rechtssprechende Tätigkeit geklärt worden. Es wurde daher Zeit für eine Neuauflage, die diese Entwicklungen und insbesondere die Rechtsprechung widerspiegelt.

ISBN 978-3-7097-0201-7, 2. Auflage, XXXVIII und 750 Seiten, Festeinband, 168 EUR // zu beziehen ua über [www.jan-sramek-verlag.at](http://www.jan-sramek-verlag.at)

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 325/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über eine abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung 2019-2020 im Bereich der Voestbrücke im Zuge der A 7 Mühlkreis Autobahn (**Section Control-Messstreckenverordnung Voestbrücke 3b**)

### [BGBl II 327/2019 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben durch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland (**Konsularverordnung – KonsV**)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 294 v 14.11.2019, 3](#)

**Freihandelsabkommen** zwischen der Europäischen Union und der **Republik Singapur**

[ABl L 295 v 14.11.2019, 1](#)

Verordnung (EU) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2019 über die **Europäische Grenz- und Küstenwache** und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr 1052/2013 und (EU) 2016/1624

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

23.09.2019, [E 1948/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines Asylantrags einer somalischen Staatsangehörigen; Verkennung der Asylrelevanz einer drohenden neuerlichen Beschneidung

23.09.2019, [E 4948/2018](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens mangels **Erteilung einer „Aufenthaltsberechtigung besonderer Schutz“** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen von Nigeria; keine ausreichende Auseinandersetzung mit der Zumutbarkeit der Übersiedlung der österreichischen Ehegattin nach Nigeria

23.09.2019, [E 50/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffen die Nichtgewährung des **Status der Asylberechtigten** an eine der jesidischen Religionsgemeinschaft angehörende irakische Staatsangehörige; Widerspruch der Länderfeststellungen zur Begründung der Entscheidung

23.09.2019, [E 512/2019 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status von subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Situation im Herkunftsstaat und keine Überprüfbarkeit der Aktualität und Nachvollziehbarkeit der Erkenntnisquellen

23.09.2019, [E 1809/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status des subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Versorgungs- und Sicherheitslage in der Herkunftsregion und dem Bestehen einer konkreten innerstaatlichen Fluchtalternative

26.09.2019, [G 117/2019](#)

**SozialbetrugsbekämpfungsgG**; kein Verstoß gegen das Sachlichkeitsgebot durch die **vereinfachte Zustellung** bestimmter behördlicher Schriftstücke an **Scheinunternehmen** nach dem SozialbetrugsbekämpfungsgG; effektiver Rechtsschutz betreffend die Zustellung der Verdachtsmitteilung und Feststellung des Verdachts auf Vorliegen eines Scheinunternehmens auch ohne Zustellnachweis gewährleistet; öffentliches Interesse an der ehestmöglichen Feststellung der Scheinunternehmenschaft rechtfertigt einwöchige Rechtsmittelfristen

01.10.2019, [G 207/2018](#)

**ABGB**; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch eine Bestimmung des ABGB betreffend die Bürgschaft für beschränkt Geschäftsfähige; **Ausnahme vom Akzessorietätsprinzip** der Bürgschaft ist **sachlich gerechtfertigt**, erleichtert beschränkt Geschäftsfähigen die Teilnahme am rechtsgeschäftlichen Verkehr und gewährleistet Rechtssicherheit und Planbarkeit für ihre Gläubiger; Zuweisung des wirtschaftlichen Risikos an den Bürgen liegt auf Grund dessen privatautonomer Haftungsübernahme im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

03.10.2019, [E 1533/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** eines Staatsangehörigen von Mali durch mangelhafte Auseinandersetzung und Nichtdurchführung von Ermittlungen sowie einer mündlichen Verhandlung; ausschließlicher Verweis auf die verwaltungsbehördliche Begründung rechtsstaatlich unzureichend

03.10.2019, [E 2538/2019](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Ghana; keine hinreichende Auseinandersetzung mit dem als unglaubwürdig erachteten Fluchtvorbringen durch prüfungslose Übernahme der Ausführungen des angefochtenen Bescheids

10.10.2019, [E 28/2019 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Status der subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung von **Rückkehrentscheidungen** betreffend eine sechsköpfige Familie afghanischer Staatsangehöriger; keine Bezugnahme auf das Nichtbestehen einer internen Schutzalternative für die Familie in Kabul nach der UNHCR-RL

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

01.08.2019, [Ra 2018/06/0034](#)

**Sbg BaupolizeiG**; der Tatbestand der **Strafnorm** des § 23 Abs 1 Z 7 Sbg BaupolizeiG besteht in der nicht unverzüglich erfolgenden **Entfernung einer baulichen Anlage nach Ablauf ihrer Bewilligungsdauer**; die Frage der Bewilligungspflicht ist in diesem Zusammenhang nicht relevant, zumal die hier ggst Strafnorm als speziellere Regelung der Anwendung des § 23 Abs 1 Z 1 leg cit (Ausführung einer baulichen Maßnahme ohne baubehördliche Bewilligung) vorgeht

01.08.2019, [Ra 2018/06/0081](#)

**Bgld BauG**; nach der (zur Wr BauO ergangenen) Rsp des VwGH ist es iZm Nachbarrechten irrelevant, wer Bauwerber, Eigentümer der Bauliegenschaft oder Antragsteller ist; den **Nachbarn** kommt in Bezug auf den **Bauwerberwechsel kein Mitspracherecht** zu (vgl dazu VwGH 24.10.2017, Ra 2017/06/0191); diese Rsp ist auf die Rechtslage nach dem Bgld BauG übertragbar

01.08.2019, [Ra 2019/06/0102](#)

**Bgld BauG**; **AVG**; es besteht **kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht** auf Vorschreibung von allenfalls gesetzlich vorgesehenen Parkplätzen

01.08.2019, [Ra 2019/06/0130](#)

**Stmk BauG**; § 29 Abs 5 Stmk BauG sieht vor, dass eine Bewilligung mit **Auflagen** zu erteilen ist, soweit dies erforderlich ist, damit den von der Behörde zu wahren öffentlichen Interessen sowie den subjektiv-öffentlichen Rechten der Nachbarn entsprochen wird; eine Einschränkung dahingehend, dass solche Auflagen nur bauliche Maßnahmen zum Inhalt haben dürften, lässt sich dem insoweit klaren Wortlaut dieser Bestimmung nicht entnehmen

19.08.2019, [Ra 2019/03/0043](#)

**Sbg JagdG**; nach § 90 Sbg JagdG hat die Jagdbehörde jagdbetriebliche sowie allenfalls erforderliche forstbetriebliche **Maßnahmen im Wildschadensbereich vorzuschreiben**, wenn durch das Wild waldfährdende Schäden verursacht werden oder solche unmittelbar zu erwarten sind; sind mehrere Maßnahmen potentiell geeignet, ist die am wenigsten belastende, gerade noch wirksame Maßnahme auszuwählen; ggst wurden waldfährdende Wildschäden festgestellt, weil die durch Rotwild verursachten Verbiss-, Fege- und Schälschäden ausgedehnte Blößen verursacht hätten und eine Wiederbewaldung der Schutzwälder verhinderten; Erforderlichkeit der Reduktion des Rotwildbestands mangels anderer wirksamer Maßnahmen

18.09.2019, [Ra 2018/04/0197](#)

**AVG; VwGVG;** wenn das VwG eine zusätzliche, die tragenden Erwägungen der verwaltungsbehördlichen Beweiswürdigung nicht bloß unwesentlich ergänzende Beweiswürdigung vornimmt, hat eine ergänzende Beweiswürdigung regelmäßig erst nach Durchführung einer Verhandlung zu erfolgen; dies gilt umso mehr für den Fall, dass das VwG die von der Verwaltungsbehörde aufgenommenen Beweismittel anders als diese würdigt und aufgrund dieser von jener der Verwaltungsbehörde **abweichenden Beweiswürdigung** andere entscheidungswesentliche Sachverhaltsfeststellungen trifft; will das VwG von der verwaltungsbehördlichen Beweiswürdigung abweichend andere wesentliche Sachverhaltsfeststellungen treffen, hat es – ungeachtet eines Parteiantrags – eine **mündliche Verhandlung** durchzuführen und dabei die bereits von der Verwaltungsbehörde insb im Rahmen einer mündlichen Verhandlung aufgenommenen Beweismittel neuerlich aufzunehmen; dies gilt gleichsam für den Fall, dass der entscheidungswesentliche Sachverhalt im Verfahren vor dem VwG strittig ist

18.09.2019, [Ro 2018/04/0002](#)

**GaswirtschaftsG;** bei der **Kostenanerkennung** ist gem § 79 Abs 1 zweiter Satz GaswirtschaftsG zu prüfen, ob die durch den **Netzbetreiber** dargelegten Kosten sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach angemessen sind; neben allgemeinen Angemessenheitsbeurteilungen sind auch Vergleiche mit anderen rationell geführten, vergleichbaren Unternehmen – va anderen Netzbetreibern – zu berücksichtigen; im Rahmen dieser Durchschnittsbetrachtung sind Abschläge von den als angemessen angenommenen Kosten zulässig; während für die Beurteilung, ob eine bereits getätigte Investition (noch) im für die Kostenermittlung maßgeblichen Zeitraum mit dem Betrieb eines Verteilernetzes ursächlich verbunden ist, der Zeitpunkt der jeweiligen Kostenermittlung entscheidend ist, ist die Angemessenheitsprüfung von Investitionen nach § 79 Abs 1 leg cit bezogen auf deren Herstellungszeitpunkt vorzunehmen

25.09.2019, [Ra 2018/05/0059](#)

**AVG;** der Umstand, dass eine Behörde oder ein VwG einen **nichtamtlichen Sachverständigen** nicht hätte bestellen dürfen, weil die Voraussetzungen gem § 52 Abs 2 oder 3 AVG nicht erfüllt waren, und deshalb gem § 52 Abs 1 AVG ein Amtssachverständiger beizuziehen gewesen wäre, bewirkt für sich allein noch nicht, dass dem von einem dennoch beigezogenen nichtamtlichen Sachverständigen erstatteten Gutachten nicht die Beweiskraft eines Sachverständigengutachtens zukäme oder dass dieser nicht die Funktion eines Sachverständigen hätte; der durch eine zu Unrecht erfolgte Beiziehung eines nichtamtlichen Sachverständigen begründete Verfahrensmangel ist in Bezug auf die Entscheidung in der Hauptsache nur dann von Relevanz, wenn das Gutachten nicht mängelfrei ist und sich dies auf die Hauptsachenentscheidung auswirkt (vgl VwGH 09.06.1994, 93/06/0174, mwN), wenn also dieser Mangel auf die inhaltliche Richtigkeit der Entscheidung in der Hauptsache, zur Schaffung deren Sachverhaltsgrundlage dieser Sachverständigenbeweis erhoben wurde, durchschlägt

30.09.2019, [Ra 2018/01/0503](#)

**AVG;** § 13 Abs 3 AVG dient dem Schutz der Parteien vor Rechtsnachteilen, die ihnen aus Anbringen entstehen können, die aus Unkenntnis der Rechtslage oder infolge eines Versehens mangelhaft sind, soweit die Partei den Mangel nicht erkennbar bewusst herbeigeführt hat; mangelt es der Beschwerde an den in § 9 Abs 1 VwGVG genannten Inhaltserfordernissen, sind diese **Mängel** gem der – nach § 17 VwGVG auch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren anzuwendenden – Bestimmung des § 13 Abs 3 AVG daher grundsätzlich einer **Verbesserung** zuzuführen

01.10.2019, [Ra 2018/02/0321](#)

**TierschutzG;** der **Straftatbestand der Tierquälerei** nach § 38 Abs 1 Z 1 iVm § 5 Abs 1 TierschutzG ist dem Tatbild nach ein Erfolgsdelikt; nach dem Wortlaut erfasst diese Strafnorm nur ein aktives Handeln, nämlich die Zufügung von Schmerzen, Leiden, Schäden oder schwere Angst gegenüber einem Tier

03.10.2019, [Ra 2019/02/0125](#)

**VStG;** bei der Frage des **Tatorts** ist stets auf das betreffende Tatbild Bedacht zu nehmen; bei der Nichterfüllung von Auflagen, Anordnungen und gesetzlichen Geboten iZm Unterlassungsdelikten ist vor allem dann nicht vom Unternehmenssitz als Tatort auszugehen, wenn die gebotene Handlungspflicht nur an einem bestimmten Ort erfüllt werden kann, wenn also nur an diesem bestimmten Ort gehandelt hätte werden können, um die Unterlassung zu vermeiden; im Vordergrund steht die Ortsbezogenheit, weil nur dort tatsächlich der Rechtsbruch vermieden werden kann

09.10.2019, [Ra 2019/03/0115](#)

**WaffenG**; auch wenn der **Betroffene alleine lebt** und keine Besuche empfängt, bestehen (insb vor dem Hintergrund, dass auch ein Alleinbewoher mitunter – auch völlig überraschend – Zutritt zur Wohnung gewähren muss bzw nicht verhindern kann) **Minimalanforderungen an die Verwahrung einer Waffe**, die aber nicht die gleichen sein können wie sonst (also bei Vorhandensein von Mitbewohnern oder dann, wenn die Wohnung nicht bloß vereinzelt auch durch Dritte betreten wird); insb besteht diesfalls kein generelles Erfordernis, neben dem Versperren der Wohnung die Waffe noch durch ein zusätzliches ein- bzw aufbruchsicheres Behältnis zu sichern

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 16.10.2019; [LVwG-2019/17/0271-1](#)

**StaatsbürgerschaftsG**; der **Sozialhilfebezug** des im gemeinsamen Haushalt lebenden nicht unterhaltsverpflichteten und nicht unterhaltsberechtigten **Mitbewohners** ist bei der Beurteilung und bei der Berechnung des erforderlichen Lebensunterhalts des Antragstellers nach § 10 Abs 5 StaatsbürgerschaftsG **nicht einzurechnen** bzw nicht zu berücksichtigen

LVwG Vbg 24.10.2019, [LVwG-318-71/2019-R17](#)

**BauG**; der Bestimmung des **§ 10 Abs 6 BauG** kann nicht entnommen werden, welchen Ermessenspielraum die Behörde hat, von der Ausnahme keinen Gebrauch zu machen, wenn die im Gesetz genannten Voraussetzungen (500 m Umkreis, Spielfläche im Spielraumkonzept ausgewiesen und Ausstattung jedenfalls entsprechend der SpielplatzVO) vorliegen; aus diesem Grund handelt es sich bei § 10 Abs 6 leg cit um eine sog „**unechte kann-Bestimmung**“; die Behörde hat daher bei Vorliegen aller Tatbestandsvoraussetzungen eine Ausnahme nach § 10 Abs 6 leg cit festzulegen

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[12.11.2019, Rs C-233/18, \*Haqbin\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Personen, die **internationalen Schutz** beantragen – Richtlinie 2013/33/EU – Art 20 Abs 4 und 5 – Grobe Verstöße gegen die Vorschriften der **Unterbringungszentren** oder grob gewalttätiges Verhalten – Reichweite des Rechts der Mitgliedstaaten, die anwendbaren Sanktionen festzulegen – **Unbegleiteter Minderjähriger** – Einschränkung oder Entzug der im Rahmen der Aufnahme gewährten materiellen Leistungen

[12.11.2019, Rs C-261/18, \*Kommission/Irland \(Parc éolien de Derrybrien\)\*](#)

**Vertragsverletzung** eines Mitgliedstaats – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Richtlinie 85/337/EWG – Genehmigung und Errichtung einer **Windfarm** – Projekt, das erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben kann – Fehlende vorherige **Umweltverträglichkeitsprüfung** – Legalisierungspflicht – Art 260 Abs 2 AEUV – Antrag auf Verhängung eines Zwangsgelds und eines Pauschalbetrags

[12.11.2019, Rs C-363/18, \*Organisation juive européenne und Vignoble Psagot\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1169/2011 – Information der Verbraucher über **Lebensmittel** – Verpflichtende **Angabe des Ursprungslands** oder des Herkunftsorts eines Lebensmittels, wenn ohne diese Angabe eine Irreführung der Verbraucher möglich wäre – Verpflichtung, auf Lebensmitteln aus vom Staat Israel besetzten Gebieten ihr Ursprungsgebiet und, falls sie aus einer **israelischen Siedlung** in diesem Gebiet kommen, zusätzlich diese Herkunft anzugeben

[13.11.2019, Rs C-641/17, \*College Pension Plan of British Columbia\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – Besteuerung von **Pensionsfonds** – Unterschiedliche Behandlung gebietsansässiger Pensionsfonds und gebietsfremder Pensionsfonds – Regelung eines Mitgliedstaats, die es gebietsansässigen Pensionsfonds ermöglicht, ihren **steuerpflichtigen Gewinn** dadurch zu vermindern, dass sie die Rücklagen für die Zahlung

von Pensionen abziehen und die auf die Dividenden erhobene Steuer auf die **Körperschaftsteuer** anrechnen – Vergleichbarkeit der Situationen – Rechtfertigung

#### [13.11.2019, Rs C-2/18, Lietuvos Respublikos Seimo narių grupė](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik – Gemeinsame Marktorganisation – Milch und Milcherzeugnisse – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Art 148 Abs 4 – **Rohmilchlieferungsvertrag** – Freie Aushandlung des Preises – Bekämpfung **unfairer Handelspraktiken** – Verbot, an Rohmilcherzeuger, die einer Gruppe zugeordnet sind, die aufgrund der verkauften Tagesmenge gebildet wurde, **unterschiedliche Preise** zu zahlen und den Preis ohne Rechtfertigung zu senken

#### [14.11.2019, Rs C-585/17, Dilly's Wellnesshotel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Änderung einer genehmigten **Beihilferegelung** – Art 108 Abs 3 AEUV – Anmeldepflicht – **Durchführungsverbot** ohne Genehmigung durch die Europäische Kommission – Verordnung (EU) Nr 651/2014 – Freistellung – Art 58 Abs 1 – Zeitlicher Geltungsbereich der Verordnung – Art 44 Abs 3 – Reichweite – Nationale Regelung, die eine Berechnungsformel für die teilweise **Vergütung von Energieabgaben** vorsieht

#### [14.11.2019, Rs C-255/18, State Street Bank International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/59/EU – Sanierung und Abwicklung von **Kreditinstituten** – Nationaler Finanzierungsmechanismus – **Abwicklungsbehörde** – Nationaler Fonds – Art 103 und 104 – Beitragspflicht – Im Voraus erhobene Beiträge und außerordentliche nachträglich erhobene Beiträge – Berechnung – Verspätete Umsetzung der Richtlinie – Delegierte Verordnung (EU) 2015/63 – Art 12 und 14 – Begriff der Statusänderung – Auswirkung auf die **Beitragspflicht**

#### [14.11.2019, Rs C-445/18, Vaselife International und Chrysal International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – Inverkehrbringen von **Pflanzenschutzmitteln** – Parallelhandel – Änderung der Gültigkeitsdauer einer Genehmigung für den **Parallelhandel** – Identität des Pflanzenschutzmittels und des Referenzmittels – Voraussetzungen

#### [14.11.2019, Rs C-484/18, Spedidam](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Ausschließliche Rechte der ausübenden Künstler – Art 2 Buchst b – Vervielfältigungsrecht – Art 3 Abs 2 Buchst a – **Öffentliche Zugänglichmachung** – Erlaubnis – Vermutung – Nationale Regelung, die eine für die Erhaltung und Erschließung des nationalen **audiovisuellen Erbes** zuständige staatliche Einrichtung davon entbindet, für die Verwertung von Archiven, die Aufzeichnungen der Darbietungen eines ausübenden Künstlers enthalten, dessen **schriftliche Zustimmung** einzuholen

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [12.11.2019, Rs C-535/18, Land Nordrhein-Westfalen \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** – Richtlinie 2000/60/EU – Maßnahmen der Union im Bereich der **Wasserpolitik** – Rechtsbehelf bei Verfahrensfehlern – Nationale Rechtsvorschriften, die den Rechtsbehelf bei **Verfahrensfehlern** einschränken

#### [12.11.2019, Rs C-502/19, Junqueras Vies \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats, der sich in **Untersuchungshaft** befindet und während des strafrechtlichen Hauptverfahrens zum Mitglied des **Europäischen Parlaments** gewählt wurde – Weigerung, dem Betroffenen die Erlaubnis zu erteilen, einer nach dem nationalen Recht vorgesehenen Verpflichtung nachzukommen – Protokoll (Nr 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union – Art 9 – Geltungsbereich und Umfang der **parlamentarischen Immunität** – Begriffe ‚Gewählter‘ und ‚Mitglied des Europäischen Parlaments‘ – Akt zur Einführung der Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 39 – Passives Wahlrecht

#### 14.11.2019, Rs C-547/18, Dong Yang Electronics (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Dienstleistungen – **Ort der Dienstleistung** – Begriff der festen Niederlassung im Sinne von Art 44 der **Mehrwertsteuerrichtlinie** 2006/112/EG – Tochtergesellschaft (mit Sitz in einem Mitgliedstaat) einer Muttergesellschaft mit Sitz in einem Drittstaat

#### 14.11.2019, Rs C-616/18, Cofidis (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Verbraucherschutz – Richtlinie 2008/48 – **Verbraucherkreditverträge** – Vorvertragliche Überprüfung der **Kreditwürdigkeit des Verbrauchers** durch den Kreditgeber – **Informationspflichten** des Kreditgebers bei Vertragsschluss – Sanktionen bei fehlender Einhaltung – Anwendung von Amts wegen – Innerstaatliche Rechtsvorschrift, die es den nationalen Gerichten nach Ablauf einer Verjährungs- bzw Ausschlussfrist verwehrt, von Amts wegen oder auf eine Einrede des Verbrauchers etwaige Pflichtverletzungen festzustellen und zu sanktionieren

#### 14.11.2019, Rs C-679/18, OPR-Finance (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Verbraucherschutz – Richtlinie 2008/48 – **Verbraucherkreditverträge** – Vorvertragliche Überprüfung der **Kreditwürdigkeit des Verbrauchers** durch den Kreditgeber – **Informationspflichten** des Kreditgebers bei Vertragsschluss – Sanktionen bei fehlender Einhaltung – Anwendung von Amts wegen – Innerstaatliche Rechtsvorschrift, die es den nationalen Gerichten nach Ablauf einer Verjährungs- bzw Ausschlussfrist verwehrt, von Amts wegen oder auf eine Einrede des Verbrauchers etwaige Pflichtverletzungen festzustellen und zu sanktionieren

#### 14.11.2019, Rs C-752/18, Deutsche Umwelthilfe (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – **Luftverschmutzung** – Richtlinie 2008/50/EG – Luftqualitätsplan – Grenzwerte für **Stickstoffdioxid** – Wirksamkeit des Unionsrechts – Pflicht der nationalen Gerichte, alle zur Gewährleistung der Umsetzung einer Richtlinie erforderlichen Maßnahmen zu treffen – **Nichtbefolgung gerichtlicher Entscheidungen** durch die Verwaltung – Ineffektivität von Anordnungen und Zwangsgeldern – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Anspruch auf Gewährung effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes – Zwangshaft für Amtsträger – Erfordernis der Beachtung von Art 6 der Charta der Grundrechte – Recht auf Freiheit der Person

## **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### 14.11.2019, Beschwerde Nr 25244/18, N.A. / Finnland

**Verletzung** von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben) und von **Art 3 EMRK** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Ermordung** des Vaters der Bf nach seiner **Ausweisung** in den Irak; keine ausreichende Überprüfung der **individuellen Risiken** für den Vater der Bf bei einer Ausweisung; Ausweisungsentscheidung der finnischen Behörden war daher konventionswidrig; die Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 20.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.